

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruhe**

Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung

1852 - 1874

**Weech, Friedrich**

**Karlsruhe, 1904**

Handel, Industrie und Gewerbe

[urn:nbn:de:bsz:31-17294](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-17294)

der Bevölkerung, besonders beim Jahreswechsel, nahe berührende Vorschriften, wie jene über den Gebrauch der Postmarken, das zulässige Gewicht der Briefe, Versendung von Drucksachen, Behandlung von Posteingahlungen u. s. w., insbesondere aber über deren durchaus ungenügende Veröffentlichung. Wenn dabei auch über den Hauptaufgabeort der Briefe, an dem zugleich Marken gekauft, Scheine erhoben, Auskunft verlangt, Postanweisungen gekauft und geschrieben, Ein- und Auszahlungen gemacht und noch gar manche andere Dinge verrichtet werden, und andere schon unter der badischen Verwaltung oft gerügte Mißstände scharf hervorgehoben wurden, so trug an diesen jedenfalls die Reichspost-Verwaltung keine Schuld, mit der sich denn auch die Karlsruher Einwohnerschaft bald befreundete. Durch den Ankauf des Häßlinger'schen Hauses am Friedrichsplatz im Juli 1872 konnte schon manchen in den unzureichenden Räumen des Postgebäudes in der Kreuzstraße bestehenden Mißständen abgeholfen werden. Im Oktober siedelte die Telegraphenexpedition aus dem Schulhause in der Spitalstraße, wohin sie wegen Raum Mangels im Postgebäude verlegt und ungünstig genug untergebracht war, in das von der Reichs-Telegraphenverwaltung angekaufte ehemals Bandirektor Fischer'sche Haus in der Herrenstraße, das zugleich Sitz des Telegraphendirektors wurde, über.

Die durch das Kaiserliche Postamt bei Eintritt des Winters erfolgte Anstellung eines Landbriefträgers zur Besorgung der Postsendungen an außerhalb des Stadtbezirkes, jedoch in unmittelbarer Nähe der Stadt wohnende Adressaten, wurde — wegen dadurch erfolglicher rascher Bestellung der Brieffsendungen in wie außerhalb der Stadt — als sehr zweckmäßig begrüßt.

### **Handel, Industrie und Gewerbe.**

Das am 15. Oktober 1862 in Wirksamkeit getretene Gewerbegesetz für das Großherzogtum Baden vom 20. September d. J. hob die Innungsrechte auf. Damit hörten auch die auf den bisherigen kaufmännischen Vereinigungen beruhenden Handelskammern unseres Landes und so auch die Karlsruher Handelskammer auf zu bestehen. Ihre Geschäfte wurden im Auftrage des Karlsruher Handelsstandes von den früheren Handelskammermitgliedern ein-

weisen fortgeführt, bis sich im Jahre 1863 an Stelle des ehemaligen Handelsvereines aus Mitgliedern des Karlsruher Handels- und Fabrikstandes, nach Maßgabe des Art. 24 Abf. 2 des Gewerbegesetzes, eine Handelsgenossenschaft bildete. Ihre Satzungen erhielten am 25. September die Staatsgenehmigung, wie auch die Überlassung des Vermögens des ehemaligen Handelsvereines an die neue Genossenschaft von der Staatsbehörde gutgeheißen wurde.

Die Leitung der Geschäfte wurde einem Ausschusse von 10 Mitgliedern übertragen, welcher von sämtlichen Genossenschaftsmitgliedern aus ihrer Mitte gewählt wurde und den Titel führte: „Handelskammer der großherzoglichen Residenzstadt Karlsruhe“. Alle zwei Jahre hatte sich auf Grund ihrer Satzungen die Handelskammer zur Hälfte zu erneuern \*).

Nicht alle hiesigen Kaufleute und Fabrikanten gehörten der Handelsgenossenschaft an. Von 240 im Jahre 1865 im Firmenregister eingetragenen Firmen waren nur 178 Mitglieder der Handelsgenossenschaft, 1875 von 400 nicht mehr als 180. Im Jahre 1869 fand eine Durchsicht der Satzungen der Handelskammer statt, die von da an den Titel „Handelskammer der Stadt Karlsruhe“ führte und aus 12 Mitgliedern bestand. Obwohl die Handelskammer sich viele Mühe gab, dem Handelsstande mancherlei Anregung zu bieten, so schon im Winter 1863 durch Veranstaltung von Vorlesungen des Ministerialdirektors a. D. Dr. Christ aus Heidelberg über die Umgestaltungen, welche in Staat und Gesetzgebung, in Handel und Industrie vor sich gehen und in ihrer Entwicklung begriffen sind, wurde immer wieder darüber geklagt, daß die Teilnahme des Handelsstandes an seinen wichtigsten Interessen eine sehr geringe sei. Als Beispiel sei darauf hingewiesen, daß bei der Generalversammlung der Handelsgenossenschaft am 11. Mai 1874 außer den Mitgliedern der Handelskammer nur noch 4 andere Herren anwesend waren. Erst seit der Neubildung der Karlsruher Handelskammer im Jahre 1863 wurden zuerst alljährlich, später je nach Ablauf mehrerer Jahre Berichte über Handel und Verkehr, über Fabrik-Industrie und

\*) Vgl. Jahresbericht der Handelskammer für den Kreis Karlsruhe für 1880, welcher auch die Namen der Mitglieder aus den Jahren 1863—75 enthält.

über verschiedene dem Geschäftskreise der Handelskammer angehörende oder nahestehende Gegenstände und Vorgänge veröffentlicht\*).

Dem ersten Berichte entnehmen wir nachstehende Worte:

„Die Einführung des Gewerbegesetzes und des Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalt, welche mit dem 15. October 1862 in Wirksamkeit traten, wurde von dem Handelsstande mit Freuden begrüßt, denn der Handel gedeiht, wie in seiner Natur liegt, je besser, je freier er sich bewegen kann. Wir glauben aber, daß auch die Industrie und das Handwerk über die Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit sich nicht zu beklagen haben werden. . . . Thatsache ist es, daß sich in unserer Stadt in der jüngsten Zeit ein erfreulicher Aufschwung bemerklich gemacht hat. Wir sehen einen regen, frischen gewerblichen Verkehr, die Stadt vergrößert sich, die Einwohnerzahl vermehrt sich in einer Progression, wie wir es seit vielen Jahren nicht mehr wahrgenommen haben. Wir geben zu, daß bei dieser erfreulichen Erscheinung noch andere Factoren mitwirken. Allein wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß das Gesetz über Gewerbefreiheit und Freizügigkeit daran seinen wohl bemessenen Anteil hat.“

Die Richtigkeit dieser Bemerkungen ergibt sich aus dem Inhalt der weiteren Handelskammerberichte, welche eine fortdauernde Zunahme auf dem Gebiete des Handels und der Industrie in Karlsruhe nachweisen.

Für das Jahr 1863 stellt der im März 1864 erstattete Bericht eine erhebliche Zunahme des Verkehrs in Staats- und Industriepapieren, der in Karlsruhe längst von Bedeutung war, in den letzten 10 Jahren fest. Auf den hiesigen Wechselverkehr übten die durch Karlsruher Mittel und Intelligenz hier und in der Umgegend ins Leben gerufenen großen industriellen Unternehmungen einen befruchtenden Einfluß aus. Der Colonialwarenhandel, den Ausgangs des 18. Jahrhunderts mehrere Großhandlungen dahier schwunghaft betrieben, der aber in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wieder abgenommen hatte, gewann neuen Aufschwung, als sich die hiesigen Spediteure, deren ausgedehntes Geschäft durch die Eisenbahnen beeinträchtigt worden war, auf den Colonialwarenhandel warfen und die umliegenden Länder bereisen ließen,

\*) Wir müssen uns darauf beschränken, diesen Berichten, die in den Jahren 1864, 1865, 1866, 1868 und 1873 für die Jahre 1863—72 erstattet wurden, eine Reihe besonders charakteristischer Mitteilungen und Zusammenstellungen über den Stand von Handel, Verkehr und Industrie in Karlsruhe zu entnehmen.

so daß Karlsruhe im Zucker und Kaffee der Schwesterstadt Mannheim den Rang streitig machte, im Handel mit Waghäusler Zucker, wegen der größeren Nähe von Waghäusel, sogar einen kleinen Vorteil gegen Mannheim gewann. Im Manufakturwaren-Handel nahm Karlsruhe die erste Stelle in Baden ein, die hiesigen Großhandlungen ließen außer Baden die angrenzenden Länder bereisen und die nicht zu entfernt wohnenden Detailisten kamen hierher, um ihre Einkäufe zu machen. Ebenso nahm der Kurzwaren-Handel en gros in den letzten Jahren wesentlich zu. Seit Einführung der Gewerbefreiheit fand eine große Zunahme von Detailgeschäften in diesem Geschäftszweige statt. Die hier gewerbsmäßig betriebenen Weinhandlungen setzten hier und in der Umgegend jährlich ungefähr 12000 Ohm Wein, hauptsächlich badische Weine ab, die Ausfuhr nach Norddeutschland, England und Amerika war nicht unbedeutend, nach dem Norden aber durch die hohe Übergangssteuer beeinträchtigt. Französische Weine, besonders Champagner, wurden in großer Menge bezogen, doch begannen auch badische und rheinische Schaumweine Eingang zu finden.

Der Verbrauch von Bier („das nach und nach bei uns zum Handelsartikel wird“) stieg fortwährend. 1863 wurde in Karlsruhe Bieretroi auf 3205 200 Maß erhoben. Vom hiesigen Bier wurden 473737 Maß aus-, 324000 Maß fremdes Bier wurden eingeführt. Von Mehl wurden (ca.  $\frac{3}{4}$  von Württemberg) in der hiesigen Mehlhalle 8575869 Pfd. eingeführt und davon 8312805 Pfd. in Karlsruhe verzehrt. Das ausgehende Mehl (263064 Pfd.) verteilte sich hauptsächlich in die Umgegend von Karlsruhe. In Luxuswaren nahm Karlsruhe, wie der Augenschein der Magazine zeigte, die erste Stelle im Lande ein. Auch in Modewaren, Teppichen, Quincaillerie, Eisen, Papier, Leder und Spielwaren war der Handel bedeutend.

Hinsichtlich der Fabrikindustrie stand die Maschinenbau-gesellschaft an der Spitze. Ihre Neugestaltung im Beginn der 1850er Jahre, bei welcher sich die Großh. Regierung durch Übernahme einer größeren Zahl von Aktien beteiligt hatte, bewährte sich rasch. Der Umschlag, der 1859—60 sich auf 860000 fl. belaufen hatte, erhob sich in den nächsten Jahren auf 1085000, 1107000 und 1862—63 auf 1513000 fl.; die Arbeitslöhne stiegen im gleichen

Zeitraume von 150 000 auf 328 000 fl. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug durchschnittlich 830 Mann. Unter den gelieferten Fabrikaten waren im Betriebsjahre 1862—63: 28 Lokomotiven, 135 Eisenbahnwagen und sonstiges Material für Eisenbahnen, mehrere Dampfmaschinen, Lokomobilen, Werkzeugmaschinen, Transmission-, Guß- und Schmiedestücke. Neben dieser Fabrik waren noch die Maschinenfabrik von Gschwindt und Zimmermann und die Eisengießerei von Nerlinger und Seneca zu nennen. Die in schwunghaftem Betrieb stehende Eisenbahnwagenfabrik von Schmieder und Mayer beschäftigte in der Regel 160 bis 170 Arbeiter. Diese Firma betrieb auch eine Dampf Sägemühle. Die Karlsruher Filiale der Großen Pariser Silberfabrik von Christofle u. Co. verkaufte ihre Erzeugnisse an silbernen und vergoldeten Bestecken und Tafelgeräten in Deutschland, der Schweiz und Oesterreich. Die Produktion des Jahres 1863 (unter Verwendung von 1200 Pfd. reines Silber) erreichte die Summe von 280 000 fl. Die Zahl der Arbeiter, für welche die Fabrik eigene Wohnungen erbaut hat, betrug im Durchschnitt 24 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen (Polierinnen).

Die 1850 gegründete Seidenbandfabrik von Mondt und Nemnich beschäftigte ca. 150 Arbeiter und Arbeiterinnen, 1863 erzeugte sie ca. 100 000 Stück Seidenband. Die älteste der hiesigen Tabakfabriken, jene von Chr. Griesbach, schon im 18. Jahrhundert begründet, welche über 100 Arbeiter beschäftigte, verband mit der Fabrikation von Rauch- und Schnupftabak einen Handel mit Pfälzer Tabakblättern von bedeutendem Umfang. Von eigenem Fabrikat setzte sie jährlich etwa 8000 Zentner Rauch- und Schnupftabak und 4 bis 5 Millionen Cigarren ab. Die vor einigen Jahren mit einem Aktienkapital von 1 Million Gulden errichtete badische Gesellschaft für Tabaksbau und Handel dahier kam gleich nach ihrer Gründung in ungünstige Umstände und hatte anfänglich mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihre Aussichten hatten sich inzwischen verbessert. Im Betriebsjahre 1863 wurden 20 000 Zentner Tabak verkauft, die eigene Ernte betrug 14 bis 15 000 Zentner (darunter 1000 Zentner aus dem der Gesellschaft gehörigen Gut Lilienthal). Sie beschäftigte durchschnittlich 250 Arbeiter, Arbeiterinnen und Tagelöhner. Die 1857 in Durlach gegründete, 1859 hierher

verlegte Cigarrenfabrik von Rudolf Heilbronner beschäftigte durchschnittlich 30 Arbeiter und 60 Arbeiterinnen und erzeugte jährlich 5 bis 6 Millionen Cigarren aus pfälzischem und amerikanischem Tabak. Die beiden Cijigfabriken erzeugten beiläufig 300 Fuder Cijig im Werte von ca. 45 000 fl. Die Karlsruher Möbel-fabrikation, verbunden mit dem Tapeziergeschäft, beschäftigte, soweit auch dieses fabrikmäßig betrieben wurde, ca. 150 Arbeiter mit einem Umschlag von 250 000 bis 300 000 fl. und hatte sich in den letzten Jahren so sehr vervollkommnet, daß sie den Wettbewerb mit den besten auswärtigen Fabriken aufnehmen konnte. Weiterhin verdient Erwähnung die Brückenwagenfabrik von Ruppert, die Korbflechterei von Döring, die Parafinpapierfabrik und die Pauspapierfabrik der Gebrüder Leichtlin, das kürzlich von Pforzheim hierher verlegte Geschäft in edeln Metallen von Siebenpfeiffer und die neu gegründete Sieb- und Draht-gewebefabrik von P. Bayer.

Für die Verhältnisse des Karlsruher Handelsstandes im Jahre **1864** war die Errichtung eines Handelsgerichtes auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vom 19. Mai 1864 von Bedeutung. Hiefür hatte sich der hiesige Handelsstand mit allen Stimmen ausgesprochen und die auswärtigen zum Karlsruher Amtsgerichtsbereich gehörigen Kaufleute hatten sich für den Anschluß ihrer Wohnsitzgemeinden an dieses Gericht entschieden. Die Erneuerung der Zollvereinsverträge, ebenso wie die Ermäßigung des Zollvereinstarifs in Folge des Handelsvertrages mit Frankreich wurden von allen Einsichtigen begrüßt. Unter dem Drucke der durch den deutsch-dänischen Streit drohenden Kriegsgefahr und später der an den Hauptmärkten Europas hervortretenden Geldkrisis litt auch in Karlsruhe der Aufschwung der Geschäfte. Doch war der Privatverkehr in fremden Staatspapieren und Wechseln sehr lebhaft. Das Kolonialwarengeschäft hatte kein sehr günstiges Ergebnis zu verzeichnen, der Engros-Handel in Manufakturwaren verlief befriedigend, bis Mitte September eine Verflauung eintrat, die Baumwollkrisis und die finanzielle Krisis in England schädigte den Handel mit Baumwollwaren, aber auch der Verkauf in Wollwaren war in den letzten Monaten schwächer als sonst. Der Kurz- und Modewarenhandel erfreute sich steter

Zunahme, besonders in Folge der neu eröffneten Eisenbahnverbindungen mit Pforzheim und der Pfalz. Der Umschlag in Eisenwaren betrug ca. 500 000 fl. Von Fabriken finden wir zum ersten Mal angeführt die Lederwarenfabrik von Ch. Weise u. Co. (25 Arbeiter, Umschlag ca. 50 000 fl.), die Chemische Fabrik von Otto Pauli bei Rüppurr (45 Arbeiter, Hauptfabrikat gelbblaues Kali, Erzeugung chemischen Düngers im Entstehen).

In dem Berichte über das Jahr 1865 wird die günstige Wirkung der neuen Handelsverträge anerkannt, das anerkennende Urtheil über die Gewerbegesetzgebung von 1862 erneut und bekräftigt. Es wird festgestellt, daß die Klagen über all zu große Belästigung durch den Hausierhandel in unserer Stadt verstummt seien, wogegen die berechtigten Klagen der ansässigen Kaufleute über unzureichende Heranziehung der Besitzer ambulanter Warenlager zur Staats- und städtischen Steuer fortbestehen. Auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses sprach sich die Karlsruher Handelskammer für Aufhebung des Patentschutzes aus.

Der Handel in Kolonialwaren litt auch im Jahre 1865 durch den knappen Geldmarkt und den hohen Diskont. Der hiesige Platz wurde auch durch die Eröffnung des Hafens in Magau und die Überbrückung des Rheines für den Steinkohlenhandel sehr geeignet gemacht. Im Hafen von Magau kamen im Jahre 1865 in 96 Schiffen 582 876 Zentner Ruhrkohlen an, worunter 144 400 Zentner für den Eisenbahndienst, der Rest für die Karlsruher Kohlenhandlungen. In Folge der Gewerbefreiheit entstanden in hiesiger Stadt viele neue mechanische Werkstätten. Hiedurch und durch die Karlsruher Maschinenfabriken steigerte sich der Bedarf an Eisen und Eisenwaren beträchtlich. Außer den schon früher genannten wurden neu angeführt die Nähmaschinenfabriken von Haid und Neu (24 Arbeiter, ca. 400 Maschinen im Preis von 100 bis 120 fl.), und von Dreans (12 Arbeiter, täglich 2 Maschinen im Preise von 20,50 und 70 fl.). Neu gegründet wurde im Juli 1865 unter der Firma Lang u. Cie. eine Cementwarenfabrik (Anfertigung von Wasserleitungsröhren, Bodenplatten, landwirtschaftlichen Gegenständen und architektonischen Verzierungen). Die 1859 gegründete Parfümeriefabrik von F. Wolff und Sohn erhielt, trotz dem durch den neuen Zollvertrag erhöhten Wettbewerb, ihren Um-



saß auf der Höhe des Jahres 1863 (ca. 55 000 fl.). Die seit 21 Jahren hier bestehende Chocolade- und Bonbonfabrik von Fellmeth (6 Maschinen nach französischem System mit Anwendung von Dampfkraft) hatte 1865 einen Bedarf von ca. 100 Ballen Cacaobohnen und ca. 25 Fässern Zucker. An Rübenzucker bezog der hiesige Platz von Waghäusel 1026 Fässer und ca. 15 380 Zentner zum Durchschnittspreis von 28 fl. Der Umschlag an Weinen wurde auf ca. 12 000 Ohm (ca. 8000 auf das Inland, ca. 4000 auf den Zollverein und das Ausland kommend) geschätzt. Der Verbrauch deutscher Schaumweine war in steter Zunahme begriffen. Bedeutende Zunahme zeigte der Handel in fertiger Kleidung und Wäsche, die wohlbekannte Tuch- und Leinwandhandlung von Jakob Stüber hatte sich den Handel mit fertigen Betten beigelegt und damit besonderen Anklang gefunden. Die Handschuhfabrik von Ludwig Weil hatte 14 000 Duzend Paar Handschuhe im Betrage von ca. 130 000 fl. erzeugt. Der Verkauf von Papieren an Druckereien, Engros- und Detailgeschäfte, Behörden war fortwährend im Zunehmen begriffen. Eine Spezialität des Papiergeschäfts, die Fabrikation von Pauspapier, war hier heimisch geworden (2 Fabriken, nur 8 bis 10 Arbeiter, Erzeugung von ca. 800 000 bis 1 Million Quadratfuß, im Werte von 8000 bis 10 000 fl.). Durch Neubau und Maschinen-Einrichtungen wurde die Tapetenfabrik von L. Kammerer vergrößert (40 Arbeiter, Umsatz ca. 40 000 fl.).

An der Auswanderung des Kapitals nach Amerika nahm auch Karlsruhe zum Nachteil der gewohnten Anlagen in inländischen Fonds — von welchen es seit Jahren Hauptkäufer war — teil. Der Wechselverkehr war nicht minder erheblich als im Vorjahre, obgleich die Verlegung des Wohnsitzes der badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation von hier nach Mannheim dem hiesigen Platze einen namhaften jährlichen Wechselumsatz entzog. Der Umstand, daß ein großer Teil des badischen Landes einen namhaften Teil seiner Geldbedürfnisse von Karlsruhe bezog, unsere Stadt aber wieder auf Frankfurt angewiesen war und dieser Platz im Herbst 1865 den hiesigen Anforderungen nicht in dem Maße genügen konnte, als es der steigende Geschäftsverkehr wünschenswert machte, ließ mehr als je den Mangel einer inländischen Zettelbank empfinden.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1866 veranlaßten, ein Zu-

zusammenfassen der Berichte über die Fortentwicklung von Handel und Industrie Karlsruhes während der Jahre **1866** und **1867**. Wie schon früher klagte auch in dem Berichte, den sie im April 1868 erstattete, die Handelskammer darüber, daß ihr nicht in dem gewünschten Umfang ausführliche und erschöpfende Mitteilungen über sämtliche Handels- und Industriezweige der Stadt zukamen.

Erst im Jahre 1867 trat, auf dringendes Ansuchen der Handelskammer, endlich das Handelsgericht in Thätigkeit. Am 4. Oktober wurde die Wahl der Handelsrichter unter großer Beteiligung seitens des hiesigen Handelsstandes vorgenommen, während nur wenige der außerhalb Karlsruhe wohnenden Wähler erschienen. Von den durch die Wahl vorgeschlagenen Kaufleuten wurden durch den Großherzog am 29. November 1867 für das Handelsgericht Karlsruhe-Pforzheim\*) 2 Handelsrichter und 4 Stellvertreter derselben ernannt, darunter aus Karlsruhe G. Müller als Handelsrichter, A. Haas und B. Schweig als Stellvertreter. Die Ernannten wurden durch den Vorsitzenden des Gerichtshofes, Kreisgerichtsrat Heimerdinger, in feierlicher erster öffentlicher Sitzung am 2. Januar 1868 beeidigt und somit der Gerichtshof constituirt. Zum Zwecke der Vorbereitung der Mitglieder der Handelsgenossenschaft für das Verfahren vor den Handelsgerichten gewann die Handelskammer den Anwalt Dr. Dreyer zur Abhaltung von Vorträgen über Handelsrecht, welche am 16. November begannen und einen glänzenden Erfolg hatten.

Die Ansicht, daß Mayau als Stapelplatz für Steinkohlen sich vorzüglich eigne, wurde durch die bedeutende Zunahme der in den Jahren 1866 ab Mayau verladenen Kohlen gerechtfertigt: **1866**: 2 884 771 und **1867**: 4 372 813 Zentner gegen 582 876 im Jahre 1865. Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse sowie die schlechte Ernte des Jahres 1867 trugen die Schuld, daß die mechanischen Werkstätten und Maschinenfabriken viel weniger Roheisen verbrauchten als in den Vorjahren. Die Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigte in den beiden Jahren 932 bezw. 773 Arbeiter, erzielte eine Produktion von 1 607 475 bezw. ca. 1 400 000 fl., stellte 37 (32)

\*) Zu dessen Bezirk kamen seit dem 1. Mai 1872 noch die Gebiete der Amtsgerichte Rastatt und Baden einschließlich des früheren Amtsgerichtes Vernsbach.

Lokomotiven und 114 (160) Güterwagen, verschiedene Maschinen und Maschinenteile für Eisenbahnen und Privatindustrie, außerdem aber auch Kriegsmunition, Kanonen und Geschosse her. 1867 wurden ca. 350 000 fl. Arbeitslöhne bezahlt. In der Wagenfabrik von Schmieder und Mayer wurden 260 (350) Personen- und Güterwagen, 120 (45) Laffetten, Munitionswagen und sonstige Artilleriefuhrwerke zu einem Durchschnittsbetrag von ca. 500 000 fl. jährlich bei einer Arbeiterzahl von ca. 250 Mann gefertigt. Die Kochherdfabrik von L. Wagner erzeugte 1866: 235 Herde verschiedener Größe im Werte von 48—600 fl. (15 Arbeiter, Umsatz ca. 30 000 fl.).

Der Verbrauch von Mehl steigerte sich beträchtlich, der Umsatz von Wein und die Erzeugung von Bier ging nicht unerheblich zurück. Der Manufakturwarenhandel litt 1866 durch den Krieg, 1867 durch die Luxemburger Frage, auch wirkte in letzterem Jahre der durch die geringe Ernte und den mittelmäßigen Wert des Weinertrages herbeigeführte Geldmangel störend auf das Geschäft ein. Auch für das Papiergeschäft war 1866 ein schlechtes Jahr, nicht minder litt unter den politischen Verhältnissen das Möbelgeschäft. Dagegen war der Betrieb der Dampfsägemühle von Schmieder und Mayer ein sehr lebhafter (in jedem Jahr wurden ca. 2500 Stämme geschnitten).

Erst im Jahre 1873 erschien der fünfte Bericht der Handelskammer, der die Jahre **1868—1872** umfaßte und reicher als seine Vorgänger mit statistischem Material ausgestattet ist. Er stellte die lebhafteste Fortdauer der nach Einführung der Gewerbefreiheit im Erwerbsleben entstandenen Bewegung fest. Zu deren Folgen zählte, auch das von den gesetzgebenden Gewalten gewährte Koalitionsrecht, welches der Arbeiterstand in ausgiebigster Weise zur Erzielung größerer Löhne und geringerer Arbeitszeit benutzte, wodurch auch Vereinigungen der Arbeitgeber zum Schutze ihrer Interessen hervorgerufen worden waren.

Der Petition des Vereins deutscher Ingenieure, mit welcher der Entwurf eines Patentgesetzes dem Bundesrat des Deutschen Reiches vorgelegt wurde, schloß sich die Karlsruher Handelskammer an. Auch für die Verleihung eines Gesetzes zum Schutze für Muster sowie gegen Nachahmung von Kunstwerken trat sie ein.

Die große Bedeutung der glorreichen Erfolge des deutsch-

französischen Krieges für Handel und Industrie machte sich auch in Karlsruhe geltend. Er kam u. a. auch in dem Güterverkehr der hiesigen Eisenbahnstation zum Ausdruck, der sich von 905 057 Zentner im Jahre **1864**, 2 165 802 im Jahre **1869**, auf 4 234 136 Zentner im Jahre **1872** erhöhte. Die günstige Lage des hiesigen Platzes an einem bedeutenden Knotenpunkte vieler Eisenbahnen, das Vorhandensein günstigen Baugeländes übten ihre Anziehungskraft aus und gestatteten die Feststellung namhafter Vermehrung der Zahl unserer Industriellen und Handeltreibenden. Die städtische Rheinbahn verlor ab Maxau im Jahre **1868**: 4 604 192, im Jahre **1871**: 5 990 085 Zentner Steinkohlen, ein einziges der hier bestehenden Steinkohlengeschäfte\*) (C. W. Roth) setzte **1870** 86 000 Zentner Ruhrkohlen, in 11 Schiffen, **1872**: 225 000 Zentner in 34 Schiffen bezogen, um und bezog durch die Bahn **1870**: 20 000 Zentner, **1872**: 60 000 Zentner Saarkohlen, in diesem Jahre außerdem noch 1000 Zentner böhmische Kohlen.

Die bedeutenden Aufträge, welche unsere großen Fabriken erhalten hatten, und die erhöhte Bauthätigkeit blieben während der Jahre 1871 und 72 nicht ohne günstige Einwirkung auf den Geschäftsgang. Als besonders erfreulich zeigte sich, daß auch hier die Anwendung des Eisens zu Gebäuden mehr und mehr aufkam. Die Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe erhöhte ihre Produktion von 1 190 968 fl. im Jahre 1867/68 auf 1 945 314 im Jahre 1871/72, die Zahl der von ihr gebauten Lokomotiven wuchs in der gleichen Zeit von 35 auf 60, die der Güterwagen von 136 auf 180, die Zahl der Arbeiter von 648 auf 875 Mann, die Höhe der bezahlten Löhne wuchs von 256 200 auf 406 309 fl. Das Aktienkapital wurde seit 1870 von 1 000 000 auf 1 250 000 fl. erhöht und diese Erhöhung zur einer erheblichen Erweiterung der Fabrik verwendet. 1873 beschäftigte diese Fabrik über 1000 Arbeiter. In der Nähmaschinenfabrik von Haid und Neu wurden **1868**: 1240, **1872**: 8625 Maschinen, bei einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 125 bis 155 Mann, verkauft. Die 1865 gegründete Cementwarenfabrik von Dyckerhoff und Widmann befaßte sich mit Anfertigung aller Arten von Cementwaren aus reinem Kiepsand und

\*) Die übrigen gaben der Handelskammer keine Mitteilungen.

bestem Portlandcement. Beschäftigt waren 1872 45—50 Arbeiter, die verarbeiteten Rohstoffe erreichten ein Gewicht von 80000, die aus diesen hervorgegangenen Arbeiten von 45000 Zentner; außerhalb der Fabrik wurden etwa 5000 Quadratmeter Cementguß-Böden und Verputze verschiedener Dicke angefertigt. In der chemischen Fabrik von Pauli blieben die bedeutendsten Fabrikate gelbes blausaures Kali und künstliche Dünger. Die Bezüge des hiesigen Platzes an Petroleum für Verbrauch und Handel erreichten jährlich ca. 6000 Faß und versprachen noch weitere Vermehrung. Die im Jahre 1868 gegründete Fabrik in Parfümerie- und Toiletten-Artikeln von Wolff und Schwindt erhöhte ihren Absatz von **1868** (28000 fl.) auf 81700 fl. im Jahre **1872**. Von den Karlsruher Bierbauern wurden im Jahre **1872** 12004113 Liter Bier gebraut und dafür 93947 fl. 27 kr. Steuer bezahlt. Die Aus- und Einfuhr gleichen sich ungefähr aus.

Der deutsch-französische Krieg war auch für den Manufakturwarenhandel von großer Bedeutung, auch die Umsätze in Mercerie- und Modewaren erhöhten sich erheblich besonders unter dem Einflusse der großen Zunahme des Fremdenverkehrs; zu den Bewohnern der Umgebung von Karlsruhe traten nun auch jene der Pfalz und des Elsasses als regelmäßige Käufer hinzu. Die Fabrik geschlitzter Holz-Galanteriewaren aller Art von Christian Weije u. Cie. beschäftigte 14 Hilfsmaschinen und ca. 70 Arbeiter, sie verarbeitete 1872 Roh- und Hilfsmaterialien im Wert von 27000 fl. im Gewicht von ca. 800 Zentner und vergabte an Arbeitslöhnen ca. 36000 fl. Die 1869 gegründete Glacéhandschuhfabrik von Ellstätter u. Cie. mit eigener Gerberei und Färberei beschäftigte 1872 durchschnittlich 50 männliche Gehilfen und ca. 300 Näherinnen. Sie erzeugte ca. 14000 Duzend Glacéhandschuhe feinsten Sorte im Werte von 240000 fl. Die Produktion der Paraffin-Pauspapier-Fabrik von Gebrüder Leichtlin wuchs, dem Bedürfnis entsprechend, so bedeutend, daß die Erbauung einer ganz neuen Fabrik nötig wurde. In den letzten Jahren wurden ca. 236000 Quadratmeter fertiges Papier erzeugt. 12 bis 15 Arbeiter verarbeiteten in einem Jahre ca. 260 Zentner Rohstoffe. Die Möbelfabrikation war so umfangreich geworden, daß sie als eine Specialität unseres Platzes bezeichnet werden konnte. Der Umsatz der Möbelfabrik von Gebr.

Himmelheber, die 87 Arbeiter beschäftigte, hatte **1872** einen Umsatz von 123000 fl.

Die Umschläge im Geld- und Wechselverkehr, Kreditwesen und Bankfache überhaupt hatten in den letzten Jahren nicht nur zugenommen, sondern eine ungeahnte Höhe erreicht. Die Zeit der Gründungen hatte auch hier zu größeren Schöpfungen aufgemuntert. Es waren jedoch nur die reichen Bankfirmen, die mit den größten Kapitalisten ihre Mittel vereinigten, um die Industrie zu unterstützen, lebensfähige Etablissements zu gründen, sowie durch Ankauf von Baupläzen zur Hebung und Förderung von Handel und Industrie und zur weiteren Entwicklung der lang zurückgebliebenen Residenzstadt jegensreich zusammenzuwirken.

Mehr als je zeigte sich das Bedürfnis einer Notenbank im Großherzogtum Baden im Jahre 1866, als das Land während mehrerer Wochen von dem süddeutschen Geldreservoir Frankfurt a. M. abgeschnitten war. Die Gründung der **Badischen Bank** mit dem Hauptsitz in Mannheim erfolgte im März 1870. Im November wurde in Karlsruhe eine Zweigniederlassung derselben errichtet, und der Bericht der Handelskammer von 1868—72 stellte fest, daß sie hier bedeutende Umsätze habe. Im April 1872 gründete auch die **Rheinische Kreditbank**, die ebenfalls ihren Hauptsitz in Mannheim hat, hier eine Zweiganstalt unter der Firma „Filiale der Rheinischen Kreditbank“, von welcher schon nach der kurzen Thätigkeit bis zur Erstattung obigen Berichtes gesagt werden konnte, daß sie reichlich beschäftigt sei.

Die im Jahre 1835 gegründete **Allgemeine Versorgungsanstalt**\*) hatte sich allmählich zu einem großen Geldinstitut emporgeschwungen, welches dem Handel und Gewerbebetrieb der Stadt Karlsruhe und des ganzen Landes wesentliche Dienste leistete. Das Hauptgeschäft dieser auf Gegenseitigkeit beruhenden Anstalt bestand noch im Anfang der 1860er Jahre darin, daß gegen Kapitaleinlagen Renten gewährt wurden, welche nach den Rechnungsergebnissen mit den Jahren des Einlegers allmählich, in bedeutendem Maße jedoch erst nach Erreichung eines höheren Alters wuchsen. Bis zum Schlusse des Jahres 1863 waren 52957 solche Einlagen mit einer Einzahlung von

\*) Vgl. Band 2 S. 412 f.

6175776 fl. gemacht worden. Dieser Betrag hatte sich durch die alljährlich zugeschriebenen Einnahmeüberschüsse auf 7376818 fl. erhöht, während seit Gründung der Anstalt im Ganzen 4609892 fl. an Renten ausbezahlt worden waren. Allmählich hatte die Anstalt einen solchen Umfang gewonnen, daß sie zugleich den Charakter einer Hypotheken- und Hinterlegungsbank erhielt. Andererseits aber trat das Bedürfnis immer stärker hervor, die Geschäftsthätigkeit der Anstalt durch Eröffnung neuer Vertragsformen den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen. Es war unbedingt geboten, die verschiedenen Formen der Lebens- und Altersversicherungen zuzulassen und eine Sparkasse zu eröffnen. Zu diesem Behufe mußten auf Grund umfassender Studien über das Versicherungsweisen neue Satzungen festgestellt und mit den früheren in der Art verbunden werden, daß ohne Gefährde der Mitglieder der ursprünglichen Anstalt auch die neuen Vertragsformen Eingang finden konnten. Die Ausarbeitung dieser Satzungen und ihre überzeugende Vertretung in den Beratungen des Verwaltungsrates und des Ausschusses war das bleibende Verdienst des Geheimerats Freiherrn von Stengel, der an Stelle des zum Präsidenten des Oberstiftungsrates ernannten Forstdirektors Ziegler, der sein Amt bei der Versorgungsanstalt niedergelegt hatte, 1861 die Direktion im aktiven Verwaltungsrat dieser Anstalt übernahm, zu deren Gründern er gehört und deren Leitung er von 1836—1848 besorgt hatte. Kurze Zeit nachher trat auch der langjährige Präsident des Ausschusses, Geh. Rat von Stoesser von dieser Stelle zurück und erhielt einen Nachfolger in Staatsrat Vogelmann.

Die neuen Satzungen, an deren Entwurf sich durch umfassende Arbeiten auch der um dieselbe Zeit aus dem Verwaltungsrat ausgetretene Staatsrat Hoffmann beteiligt hatte, wurden in einer Generalversammlung am 29. Oktober 1863 angenommen und erhielten am 28. Mai 1864 die landesherrliche Genehmigung. Nach diesen Satzungen dehnte die Versorgungsanstalt ihren Geschäftskreis vom 1. September 1864 an auf alle in neuerer Zeit üblich gewordenen Arten der Versorgungs- und Lebensversicherungsverträge aus und eröffnete neben der bereits bestehenden Hinterlegungskasse (bei der am Schlusse des Jahres 1863 2256592 fl. hinterlegt waren) als Nebenanstalt eine Sparkasse. Sie erbot sich ferner, auf Aufforderung

Kinderverjorgungsvereine und andere Arten von Continen zu bilden. Die Eröffnung der Aufbewahrungsanstalt, des Escompt- und Girogeschäfts blieb vorerst noch ausgesetzt.

Im Jahre 1865 erhielt die Anstalt, deren erweiterter Geschäftskreis die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes im Ausland notwendig machte, die hierzu erforderliche staatliche Genehmigung in Bayern, Württemberg, Königreich Sachsen, Großherzogtum Hessen und den Schweizerkantonen Bern und Graubünden und war bemüht, sowohl in diesen Ländern als auch in Nassau, Kurhessen, Mecklenburg, Frankfurt, im Elsaß, in Bremen und Zürich, wo der Geschäftsbetrieb frei gegeben war, Hauptagenturen zu errichten. Im Jahre 1866 erhielt sie diese Genehmigung auch für das Königreich Preußen. Dazu kamen später noch eine Anzahl kleinerer Staaten Norddeutschlands.

Hatte die Anstalt bei verschiedenen Krisen, insbesondere auch der des Sommers 1867, stets allen Ansprüchen an die Hinterlegungskasse prompt und pünktlich zu genügen vermocht, so führte sie auch während des deutsch-französischen Krieges ihre Geschäfte ohne Unterbrechung fort. Eine Nebenanstalt eigener Art entstand dadurch, daß durch das Gesetz vom 29. Juli 1870 die Versorgungs-Anstalt ermächtigt wurde, Darlehens-Kassenscheine auf Inhaber bis zum Betrag von 3 Millionen auszugeben\*). Diese Scheine wurden gegen Faustpfand und liegenschaftliche Sicherheit ausgegeben, so daß dadurch die Anstalt vollkommene Deckung erhielt. Durch diese Kassenscheine trug die Versorgungsanstalt wesentlich dazu bei, Gemeinden und Privatpersonen, welche in der Zeit des Krieges nur mit den größten Opfern Darlehen erhalten konnten, in ihrem Kredit zu befestigen. Sie wurden — dank dem Vertrauen in die Geschäftsführung der Anstalt — überall gleich dem Staatspapiergeld und den bewährtesten Banknoten angenommen.

Die Einlösung dieser Scheine, von denen bis zum 30. Juni 1871 für 2 400 000 fl. ausgegeben worden waren, begann am 1. Juli 1872 und hatte bis Ende dieses Jahres die Höhe von 216 000 fl., bis Ende Juni 1875 von 2 005 000 fl. erreicht. Nach Art. 18 des Reichsmünzgesetzes durften die Darlehen-Kassenscheine, da sie nicht auf Reichswährung lauteten, noch bis 1. Januar 1876 im Umlauf bleiben,

\*) Vgl. oben S. 166.



während die gesetzliche Einlösungspflicht der Anstalt noch bis zum 31. Dezember 1877 dauerte.

Die nach der Rechnung von 1874 gefertigte Übersicht über das Vermögen der Anstalt und dessen Verwaltung ergibt als eigene Einnahmen 446 900 fl., Verwaltungsaufwand 58 086 fl., Aktivvermögen 792 644 fl. Von den Verwaltungsorganen trat im Laufe des Jahres 1869 Staatsrat Vogelmann vom Präsidium des Ausschusses zurück und wurde durch Geh. Rat Dr. Diez ersetzt, welchen, nach dessen Ableben im Oktober 1870, Geh. Referendär Muth ersetzte. An Stelle des im September 1870 verstorbenen Frh. von Stengel wurde Geh. Rat Dr. Junghanns Direktor des Verwaltungsrates. Als dieser im Jahre 1874 von seinem Amte zurücktrat, wurde Geh. Rat Muth sein Nachfolger, an seine Stelle trat als Präsident des Ausschusses Ministerialrat Dr. Bingner. Den langjährigen Kassier Broglie ersetzte der bisherige Controleur Kirchgeßner.

Im Herbst 1873 wurden die ersten Reichs-Silbermünzen in den Verkehr gebracht, und zu Beginn des Jahres 1874 machte sich in den Räumen der Großherzogl. Münzstätte ein sehr geschäftiges Leben bemerkbar. Von morgens 7 Uhr bis meist in die tiefe Nacht waren 38 Personen mit Ausprägung der neuen Reichsmünzen beschäftigt.

Die Aussicht auf die nicht mehr ferne verpflichtende Einführung der neuen Währung lockte allmählich die alten Metallwertstücke aus ihren Verstecken hervor. Eine Menge Münzen aus aller Herren Ländern war im Umlauf und es galt, sie mit Vorsicht zu betrachten, denn bei vielen wurde der Versuch gemacht, sie zu höherem als dem wirklichen Werte umzusetzen.

An den staatlichen Einlösungskassen drängte man sich, die Gold- und Silbermünzen wie auch die Staatsnoten umzutauschen, ehe sie ihre Giltigkeit verloren. Unter den Münzen waren manche, deren man sich in weiten Kreisen besonders bei festlichen Anlässen, bei Bezahlung von Honoraren und Trinkgeldern mit Vorliebe zu bedienen pflegte, die Kronenthaler, die (ganzen, halben oder viertels-) Conventionsthaler, die preußischen Friedrichsd'or und die Dukaten, Geldsorten, die manche, besonders des älteren Geschlechtes, ungern verschwinden sahen. Eine „die Einführung der Reichsmarkrechnung be-

treffende" Verordnung des Finanzministeriums aus dem Juli 1874 gab eine Zusammenstellung der neben den Reichsmünzen bis zur Außerkurssetzung in Geltung bleibenden Münzen des 52 $\frac{1}{2}$  bzw. 24 $\frac{1}{2}$  Guldenfußes und der bis auf Weiteres als gesetzliches Zahlungsmittel geltenden Münzen des Thalerfußes und eine Berechnung ihres Wertes im Verhältnis zur neuen Reichswährung. Der Umtausch der alten Münzen in solche der neuen Währung verzögerte sich indes, weil die Prägung der Reichsmünzen nicht so rasch von statten gehen konnte als der Wunsch der Bevölkerung nach ihrer Erwerbung es voraussetzte.

Eine Folge der Einführung des Gewerbegesetzes von 1862 war die Auflösung der Zünfte. Zu dieser Zeit bestanden in Karlsruhe 27 Zünfte: der Bäcker, der Bierbrauer und Küfer, der Bordenwirker und Knopfmacher, der Buchbinder, der Dreher, Glaser und Bürstenmacher, der Gürtler und Zinngießer, der Hafner, der Hutmacher, der Kammmacher, der Kübler, der Kürschner, der Maurer, der Metzger, der Nagelschmiede, der Säckler, der Seiler, der Seifensieder, der Sattler, der Schlosser, Büchsenmacher und Uhrenmacher, der Schmiede, der Schneider, der Schreiner, der Schuhmacher, der Strumpffrieger, der Wagner, der Weber, der Zimmermeister. Alle diese Zünfte hatten Zunft- und Gesellenkassen. Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1863 wurden vom Bezirksamt für die einzelnen Zünfte Tagfahrten zur Beschlußfassung über die Verwendung des Vermögens jeder Zunft anberaumt. Das Vermögen der großen Mehrzahl dieser Zünfte war sehr unbedeutend. Über das größte verfügten die Maurer (1153 fl.), demnächst kamen die Schlosser (210 fl.), die Bierbrauer (100 fl. 47 kr.), die Schmiede (83 fl. 56 kr.); die Vermögen der übrigen bewegten sich zwischen 37 und 6 fl., drei hatten überhaupt kein Vermögen, eine Zunft hatte eine Überschuldung von 8 fl. 54 kr., welche von den Mitgliedern gedeckt wurde. Von dem Vermögen der Maurerzunft erhielt je ein Drittel das Pfründnerhaus, das Waisenhaus und die Maurergesellen-Krankenkasse, die übrigen Zünfte überwiesen ihr Vermögen, nach Deckung der Schulden, den Krankenkassen ihrer Gesellen, dem städtischen Krankenhaus, dem Vincentiushaus, der Diakonissenanstalt, dem Waisenhaus; die Zunft der Knopfmacher bildete aus ihrem Vermögen von 31 fl. eine Krankenkasse

für die Posamentiergehilfen. Die Inventargegenstände der einzelnen Zünfte wurden in einer öffentlichen Versteigerung ausgebaut, und bei dieser wurden auffallend geringe Erlöse erzielt. So wurden u. a. nach Ausweis der Akten für die Vereinsfahne und einen Schild der Rammacherzunft, welche Gegenstände einen Inventarwert von 110 fl. hatten, bare 24 kr. Erlöst.

Die Akten und Rechnungen der Zünfte wurden auf Verlangen den einzelnen Bevollmächtigten derselben zurückgegeben, die nicht abgeholtten Akten und Rechnungen aber vertilgt.

Durch den Wegfall der beengenden Zunftschranken wurde der regjamen Thätigkeit ein günstiges Feld eröffnet. In den größeren Gewerben zeigte sich bald eine erhöhte Geschäftsausdehnung, während allerdings die Thätigkeit der kleineren Gewerbebetriebe auch fortan zunächst gedrückt und beschränkt blieb.

In den Jahren 1863—1866 haben sich in Karlsruhe nur 4 gewerbliche Genossenschaften gebildet: die (bereits erwähnte) Handelsgenossenschaft, die Bäckergenossenschaft, die Bierbrauergenossenschaft und der freie Verein der Schuhmachermeister.

Die Messe, die auch jetzt noch, wie seit langen Jahren, auf dem Schloßplaz zu Beginn der Monate Juni und Oktober durch ihre Verkaufs- und Schaubuden eine große Menschenmenge aus der Stadt und Umgegend heranzog, wurde nach und nach von weiteren Kreisen der Bevölkerung mit geringerem Wohlgefallen als früher betrachtet. Schon im Jahre 1865 wurden seitens der Hausbesitzer des vorderen Zirkels Klagen gegen die Aufstellung von Möbeln und sonstigen Verkaufsartikeln in den Bogengängen ihrer Häuser laut. Diese wurden fortan regelmäßig vorgetragen, besonders lebhaft im Jahre 1871, so daß der Gemeinderat sich veranlaßt sah, dem unleugbaren Mißstande näher zu treten und im Herbst dieses Jahres für Abhaltung der Möbelmesse vor den Bogengängen des Zirkels Vorforge zu treffen. Im gleichen Jahre wurde aber auch zunächst in der Presse und nicht ohne Lebhaftigkeit die Frage erörtert, ob die Messen überhaupt in neuerer Zeit, namentlich in größeren Städten, noch ein Bedürfnis seien. Vorteile und Nachteile der Gewerbs- und Handelsleute einer-, der Consumenten anderseits, wurden eingehend erwogen. Zu den wirtschaftlichen Erwägungen trat aber auch noch

eine gemüthliche Regung hinzu, welche — in Erinnerung an die altergebrachte Gewohnheit — für die Fortdauer der Messe eintrat und den Städtebewohnern „die mannichfaltigen Genüsse“ der Messe erhalten sehen wollte. Im Jahre 1872 trat in die Erörterung ein neues Moment herein, die Nothwendigkeit einer Verlegung der Messe. Im Mai d. J. erhielt der Gemeinderat durch die Großh. Hofdomänen-Intendantz die Mitteilung, daß der Großherzog beabsichtige, den Schloßplatz mit schönen Anlagen zu versehen und daß daher die Messe nicht mehr auf demselben abgehalten werden könne. Nach längeren Beratungen wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 8. Mai beschlossen, die Messe vorläufig längs der Langenstraße, den Möbelmarkt in der Karlstraße längs des Gräfl. Langensteinischen Gartens, den Geschirrmarkt auf dem Akademieplatz abzuhalten und für die Schaubuden den Ludwigsplatz hinter der Infanteriekaserne zu bestimmen, sodann das Gr. Bezirksamt zu ersuchen, für Schaubuden die Ertheilung der Erlaubnischeine möglichst zu beschränken, namentlich solche zurückzuweisen, deren Schaufstellungen entweder gegen die gute Sitte verstoßen oder lediglich nichts bieten, also einen reinen Betrug des Publikums beabsichtigen, endlich das übliche Musizieren höchstens bis 9 Uhr abends zu gestatten. Die Durchführung dieser Beschlüsse — zum ersten Male bei der Frühjahrsmesse 1872 — fand wohl nur, soweit die letzteren Punkte in Betracht kamen, die allgemeine Billigung; viele alte Karlsruher weinten den Reizen der Aufstellung der Mess- und Schaubuden auf dem Schloßplatz heiße Thränen nach, und mit der Zerspitterung des früher auf engerem Raume Vereinten wollten Viele sich nicht einverstanden erklären. Die Herbstmesse 1872 rief noch lebhaftere Äußerungen des Bedauerns hervor. Die „Karlsruher Nachrichten“, welche als wohlgesinntes Familienblatt natürlich nicht tadeln wollten, daß „deren Pbyhiognomie in Folge der vom Bezirksamt und fürsichtigen Gemeinderat noch rechtzeitig getroffenen Schutzmaßregeln eine entschieden anständigere geworden sei“, fanden trotzdem, daß sie „die Merkmale kläglichen Dahinscheidens eines der galoppierenden Schwindsucht Anheimgefallenen auf dem abgekehrten Antlitz zur Schau trage“. „Mit ihrer Verlegung vom Schloßplatze nach der Langenstraße und dem Ludwigsplatze“ — heißt es dann weiter — „hat unsere alte, ehedem so lieb gewordene Karlsruher Messe ihren gemüthlichen

Charakter abgestreift und ist zu dem geworden, was sie heute ist, zum Zerrbilde ehemaliger Schönheit, zum Taglander Jahrmarkt im vergrößerten Maßstabe. Nicht ohne Wehmut können wir der ehemaligen Messmontage gedenken; was ist der heutige dagegen?" Auch im Gemeinderat war man von der jetzigen Gestaltung der Messe nicht all zu sehr befriedigt. Aus seiner Mitte ging der Antrag hervor, die Dauer der Messe abzukürzen und zur Abwechslung auch andere Stadtteile bei der Wahl des Platzes zu berücksichtigen; er wurde zur Prüfung einer Kommission überwiesen.

Im Juni 1873 wurde vom Gemeinderat die gänzliche Abschaffung der Messe, allenfalls die Verkürzung ihrer Dauer auf 8 Tage mit 2 Sonntagen und die Beschleunigung des Auf- und Abchlagens der Buden in Erwägung gezogen, zunächst eine Befragung der Handelskammer, des Gewerbevereins und einzelner Geschäftstreibenden angeregt und schließlich beschlossen, die Entscheidung dem Bürgerausschuß anheimzustellen. In der Presse trat gegenüber der Fragestellung „Messe oder keine Messe?“ die Neigung, für fernere Beibehaltung derselben, jedoch mit nur achttägiger Zeitdauer, immer stärker hervor. Der Gewerbeverein gab sein Gutachten dahin ab, daß die Messe mit neuntägiger Dauer (von Sonntag bis zum zweiten darauffolgenden Montag) beizubehalten und mit derselben Volksfeste zu verbinden seien. Mit der Beschränkung der Dauer der Messe auf 9 Tage erklärte sich am 21. November 1873 auch der Bürgerausschuß einverstanden. Eine der lautesten Klagen der Bewohner des Ludwigsplazes hatte schon im Frühjahr d. J. Abhilfe gefunden, indem Menagerien und andere besonders störende Schaubuden auf die Schießwiese verlegt worden waren.

Wenn auch als Centralanstalt für das ganze Land bestimmt, war doch die Landesgewerbehalle von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit in erster Reihe für die örtlichen Interessen von Gewerbe und Industrie in Karlsruhe. Nachdem schon im Jahre 1863 von dem Handelsministerium eine, die Errichtung dieser Anstalt betreffende Vorlage an die Kammern gelangt war, wurde sie am 23. Mai 1865 eröffnet. Zur Erreichung ihrer Zwecke — die Angehörigen des Großherzogtums mit den Fortschritten der Technik im Allgemeinen bekannt zu machen und dadurch zu weiterer Entwicklung der Industrie

im Lande anzuregen und dann der heimischen Industrie zu vermehrtem Absatz ihrer Erzeugnisse zu verhelfen — wurde in der Landesgewerbehalle eine permanente Ausstellung und eine Bibliothek errichtet, eine Sammlung gewerblicher Adressen aufgelegt, technischer Rat erteilt, auch wurden öffentliche Vorlesungen in Aussicht genommen. Der Besuch der Ausstellungsräume, die täglich von 10 bis 12 (Sonntags von 11—12) und von 2 bis 4 Uhr dem Publikum unentgeltlich geöffnet wurden, entsprach durchaus den Erwartungen. Die Verwaltung lag — unter Oberleitung des Geh. Referendärs Dr. Diez vom Gr. Handelsministerium in den Händen des Professors Dr. Meidinger. Schon 1867 konnte der Bericht der Handelskammer sagen, daß sich der Wirkungskreis der Landesgewerbehalle sichtlich erweitert habe, daß der Kenntnis ihres Daseins und der von ihr verfolgten Zwecke immer mehr in den Teil der Bevölkerung dringe, zu dessen Förderung sie vornehmlich gegründet worden war. Ihre Wirksamkeit zu erhöhen, gab seit Anfang des Jahres 1867 Prof. Meidinger ein Monatsblatt unter dem Titel „Badische Gewerbezeitung“ heraus, welches die gesamte Thätigkeit der Landesgewerbehalle zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und gewerbliche Mitteilungen verschiedener Art zu geben bestimmt war.

Bis Ende des Jahres 1873 wurde die Ausstellung der Landesgewerbehalle von 959 Firmen (darunter 561 aus Karlsruhe) besichtigt und der Gesamtwert der ausgestellten Gegenstände betrug 214 819 fl., von denen 155 026 fl. auf Karlsruher Aussteller entfielen. In den ersten 5 Jahren belief sich die Zahl der Besucher auf durchschnittlich 27 000 jährlich, von 1870—73 auf durchschnittlich 25 000. Diese Zahl wurde 1871 und 1872 überschritten, die unter derselben bleibenden Zahlen erklären sich im Jahre 1870 aus den Kriegzeiten, 1873 aus der wegen eines Erweiterungsbaues erfolgten Schließung während einer Reihe von Wochen. 1874 wurde die Ausstellung von 141 Firmen (110 aus Karlsruhe) mit Gegenständen im Wert von 34 242 fl. besichtigt von 33 374 Personen besucht. Die Büchersammlung zählte im Jahre 1874 5014 Bände (darunter 559 Zeichenwerke) im Wert von etwa 30 000 fl., auf ihre Bervollständigung wurden jährlich etwa 2 500 fl. verwendet. Durchschnittlich wurde sie täglich von 12 Personen besucht. Die Zahl der ausgeliehenen Bände erhob sich 1874 auf 1699 Bände (darunter 1394 an Ein-

wohner von Karlsruhe). Sehr bedeutend erwies sich die Thätigkeit der Landesgewerbehalle in ihrer Mitwirkung bei den Arbeiten für die Beteiligung des Landes an den Weltausstellungen, erweitert wurde sie im Jahre 1870 durch die Einrichtung eines Kurzes für kunstgewerblichen Unterricht. Da die ursprünglichen Räume mit der Zeit nicht ausreichten, wurde 1874 mit einem Aufwande von 35 000 fl. ein Erweiterungsbau aufgeführt.

Für die Gewerbetreibenden war nach wie vor der Gewerbeverein anregend und fördernd thätig und in seinem Wirken seinerseits gestärkt durch die 1857 erfolgte Gründung eines Landesverbandes aller badischen Gewerbevereine. Von ihm ging auch der Gedanke aus, an Gewerbegehilfen und Lehrlinge für Probearbeiten, die sie eingeliefert hatten, Preise zu verteilen. Die erste Preisverteilung erfolgte im Januar 1861. Ebenso zeigte der Verein sein gemeinnütziges Streben durch die dem Jahre 1864 angehörende Gründung eines Stellenvermittlungs- und Arbeitsnachweise-Bureaus, das bald eine erfreuliche und nachhaltige Wirksamkeit entfaltete. Die Gesellen und Lehrlinge fanden, wie schon früher, Anregung und Belehrung in den Lesesälen, die unter der Leitung des Hofrates Gockel während der Abendstunden sich ihnen öffneten und wo sie gute Bücher fanden, zuweilen auch Gelegenheit zur Anhörung gediegener Vorträge erhielten. Am Schlusse der Wintermonate pflegte man an die eifrigsten Besucher Andenken in Form von Büchern zu verteilen.

Im Frühjahr 1870 zeigte sich bei einigen Gewerben große Unzufriedenheit der Gehilfen mit den Arbeitslöhnen. In den Glaser- und Schreinergeeschäften verlangten zu Anfang des Maimonats die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 20 vom Hundert. In einer von den meisten Arbeitgebern, namentlich auch den großen Möbelfabrikanten, besuchte Versammlung wurde von nahezu 40 Meistern einstimmig beschlossen, das Verlangen der Arbeiter abzulehnen, nötigenfalls die auf ihren Forderungen Bestehenden zu entlassen und eher die Werkstätten in der Voraussicht zu schließen, daß bald fremde Arbeiter zureisen und sich mit den hiesigen Löhnen zufrieden zeigen würden. Dem Beispiel der Glaser und Schreiner folgten die Schuhmacher, fanden aber bei den Meistern noch entschlosseneren Widerstand. Diese

machten am 11. Mai, mit der Bitte um „thunliche Nachsicht“, im Tagblatt öffentlich bekannt, daß sie sich durch die Forderungen ihrer Gehilfen genöthigt sähen, ihre Werkstätten auf unbestimmte Zeit zu schließen. Von den Behörden erbaten sie Hilfe gegen die Verleitung arbeitswilliger hiesiger und zuziehender Gehilfen, vom Kriegsministerium Überlassung einer Anzahl Schuhmacher aus dem Militärstand auf kurze Zeit bis zur Hinwegräumung der dringendsten Not. Die Arbeiter bestanden zunächst auf ihren Forderungen und hielten mehrere Versammlungen ab, die Schreiner und Glaser stellten am 16. Mai die Arbeit ein. Am 21. Mai beschloffen die Schuhmachergehilfen, ihre Arbeit unter den alten Verhältnissen wieder aufzunehmen, nachdem die Meister den Beschluß, binnen 6 Wochen keinen der Arbeitseinsteller mehr in Arbeit zu nehmen, zurückgenommen hatten. Bei den Schreibern und Glasern traten die verheirateten Gehilfen wieder in Arbeit, die ledigen, die auf ihren Forderungen bestanden, wurden entlassen. Da allmählich fremder Zuzug kam, konnten gegen Ende des Mai die Meister ihre Geschäfte wieder in Gang setzen. Die Bewegung griff in den Arbeiterkreisen nicht weiter um sich, weil sie von auswärtigen Agitatoren noch nicht, wie dieses später auch hier der Fall war, genährt wurde.

Noch in den 1850er Jahren wurde der Plan der Herstellung einer Wasserstraße vom Rhein nach Karlsruhe wieder aufgegriffen\*). In erster Reihe war dafür im Jahre 1856 der Wiesenbaumeister und spätere Oberbürgermeister Lauter thätig. Auf Wunsch der Handelskammer hielt er über diese Frage eine Reihe von Vorträgen, welche in einer Brochüre veröffentlicht wurden. Das Lauter'sche Project faßte zwei Richtungen in's Auge, nach Leopoldshafen die eine, die andere nach Knielingen; bei der ersten war die Anlage des Hafens in der Nähe von Gottesaue, die Führung des Kanales durch den Wildpark geplant, bei der zweiten sollte die Schießwiese die beste Stelle für den Hafen sein, der Kanal aus dem

\*) Über die früheren Anregungen dieser Angelegenheit vergl. Bd. 1 S. 479 f. und Bd. 2 S. 108. Weiterhin die Denkschriften über die Erbauung eines Stichtkanals vom Rhein nach Karlsruhe und die Erstellung von Hafenanlagen bei Karlsruhe von R. U. Schneider und H. Schüß, Karlsruhe 1892 und 1894.



Hafen nach Weiertheim geleitet werden und von da der Alb folgen. Für die Speisung des Knielinger Kanals wäre das Wasser der Alb in Betracht gekommen, der Leopoldshafener Kanal sollte entweder mittels des Steinkanals aus der Pfingz oder mittels des Floskanals aus der Alb gespeist werden. Lauter selbst gab der Richtung nach Knielingen den Vorzug, während die bedeutendsten Rheinschiffer sich für jene nach Leopoldshafen aussprachen.

Das Ersuchen des Gemeinderates an die Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe, eine genaue Prüfung und Ausarbeitung des Lauter'schen Projectes und der Kostenüberschläge auf Kosten der Stadt vorzunehmen, wurde von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues — da es sich nicht um ein Staatsunternehmen handle — abgelehnt, dem Gemeinderat vielmehr anheimgestellt, das Lauter'sche Project durch einen Ingenieur, zu dem er Vertrauen habe, prüfen zu lassen. Zu diesem Zwecke wandte sich die Gemeinde an den damaligen Leiter der Frankfurter Dampf-Schleppschiffahrts-Gesellschaft, Generalconsul Rigaud in Frankfurt a. M. um ein Gutachten und die Zeichnung eines im Wasserbau erfahrenen, zur Beurteilung der technischen Seite und der Kosten des Unternehmens geeigneten Ingenieurs. Herr Rigaud sprach sich vom kaufmännischen Standpunkt aus unbedingt zu Gunsten des Kanalprojectes aus und empfahl dem Gemeinderat zu weiteren Ausarbeitungen den niederländischen Ingenieur Orth. Während Lauter die Kosten seines Projectes auf 700 000 fl. veranschlagt hatte, hielt Orth zu dessen Ausführung den Betrag von 1 150 000 fl. für erforderlich.

Die Höhe dieser Summe, zu deren Aufbringung auch mit städtischem Zuschuß die Bildung einer Aktiengesellschaft kaum zu erwarten war, sowie der Mangel an Interesse für das Unternehmen seitens der Regierung, veranlaßten den Gemeinderat zunächst, die Kanalfrage nicht weiter in Erwägung zu ziehen.

Die Handelskammer aber richtete im September 1858 an den Gemeinderat eine Darlegung, in welcher sie die großen Vorteile hervorhob, die durch den Bau eines Kanales an den Rhein für die Entwicklung von Gewerbe und Handel in Karlsruhe zu erwarten seien und es für angezeigt erklärte, bei der Regierung die Konzession zum Bau eines Kanales nachzuziehen.

Wiederholte Anregungen des Gemeinderates bei dem Ministerium des Innern im November 1858 und im Juli 1859 blieben jedoch erfolglos. Der Stadtbehörde wurde auf beide Eingaben eröffnet, die Beantwortung der Frage, ob die Verbindung der Stadt Karlsruhe mit dem Rhein durch Erbauung eines Kanales einen den erforderlichen Aufwand rechtfertigenden Nutzen gewähren werde, jeze vor allem eine gründliche Begutachtung durch die technische Behörde voraus, diese aber sei durch öffentliche Bauten in solchem Maße in Anspruch genommen, daß es ihr zu einer solchen umfassenden Arbeit an der nötigen Zeit mangle.

Durch die Erbauung der Rheinbahn von Karlsruhe nach Mayau, die Erbauung einer Eisenbahnschiffbrücke und durch Anschluß an die Pfälzer Eisenbahn wurde für Karlsruhe eine direkte Zufahrtslinie nach dem Kohlenbecken der Saar gewonnen, und dieses Unternehmen drängte das Kanalproject neuerdings in den Hintergrund zurück.

Erst als, nach dem deutsch-französischen Kriege, die Frage der Gewinnung einer schiffbaren Wasserstraße am Oberrhein wieder in Fluß kam, begann man in Karlsruhe, wo inzwischen der alte Förderer der Kanalidee, Lauter, an die Spitze der städtischen Verwaltung getreten war, sich in Fühlung mit Straßburg zu setzen und den Versuch zu machen, wie sich auch die im Elsaß aufgetauchten verschiedenen Pläne gestalten würden, für Karlsruhe den Vorteil eines Einbezugs in dieselben zu sichern. Die deshalb geführten Verhandlungen gehören aber erst dem letzten Abschnitt unserer Stadtgeschichte an.

Gleichzeitig mit dem Bau der Karlsruher Rheinbahn, über den schon früher ausführlich berichtet worden ist\*), wurde seitens der Gemeindeverwaltung die Verbesserung des Rheinhafens bei Mayau angestrebt, welchem Großherzog Leopold durch Entschließung vom 26. Februar 1842 die Rechte eines Freihafens erteilt hatte. Die Großherzogl. Staatsregierung wurde zunächst gebeten, die nötigen Arbeiten an dem Hafen vornehmen zu lassen, da bisher alle Anstalten der Art im Lande auf Kosten der Staatskasse erbaut und unterhalten worden waren. Nach längeren Verhandlungen mit den zuständigen Staatsbehörden wurde dem Gemeinderat eine Entschließung des Großherzogs aus Großh. Staatsministerium vom 5. Januar 1863

\*) Vgl. oben S. 278 ff.

eröffnet, der zufolge die Regierung geneigt sei, behufs des Erjages der von der Stadtgemeinde Karlsruhe für Verbesserung des Hafens bei Maxau aufgewendeten Kosten die erforderlichen Mittel in das Staatsbudget aufzunehmen, sobald die Notwendigkeit der Verbesserung des Hafens durch die nach deren Vornahme eingetretene Erhöhung des Verkehrs nachgewiesen werde. Auf Mitteilung dieser Entschliebung an den großen Bürgerausschuß in dessen Sitzung vom 9. Februar 1863 beschloß dieser, sich bei einer solchen Zusicherung zu beruhigen und den Gemeinderat zu ermächtigen, für die Verbesserung des Hafens die als unbedingt notwendig erscheinenden Mittel aufzuwenden, um denselben in benützungsfähigen Zustand zu setzen. Ein von der Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion ausgearbeiteter Plan für die Hafenanlage erhielt die Genehmigung der Oberdirektion, wurde von der Inspektion ausgeführt und im Mai 1865 vollendet.

Bei den Verbesserungsarbeiten wurde eine 1500 Fuß lange und 1000 Fuß breite Wasserstraße auf den östlichen und eine 1000 Fuß lange und 150 Fuß breite auf der südlichen Hafenseite in einer den Stromverhältnissen entsprechenden Wassertiefe ausgebaggert, der westliche Hafendamm erhöht und verlängert und dadurch die Hafeneinfahrt eingengt und Schutz vor Hochwasser gewonnen, ferner wurden beide erweiterte Hafenufer abgepflastert und Zufahrtsstraßen und Schienenstränge zum Behufe unmittelbarer Verladungen vom Schiff auf Eisenbahnwagen angelegt. Der Hafen wurde von den Schiffen als der schönste und bequemste am ganzen Rhein zum Ein- und Ausladen bezeichnet.

Der Bauaufwand für den Maxauer Hafen betrug nach der im Jahre 1866 abgeschlossenen Rechnung 99 500 fl., der sich nach Abzug des Aufwandes für Eisenbahnanlagen in demselben auf 88 444 fl. ermäßigte, nebst den Zinsen des Kapitals während der Bauzeit.

Der Verkehr im Hafen war schon im Jahre 1865 ein erfreulicher, da vom 4. April bis 15. September 98 Schiffe mit 618 528 Zentner Steinkohlen in den Hafen einliefen, welche 10 846 Zentner Rückfracht erhielten. Auch im Jahre 1866 war der Verkehr ein recht lebhafter, obwohl der Spezialtarif vom 15. April 1866 für die Beförderung der Steinkohlen von Maxau in das badische Oberland, gegenüber den entsprechenden Kosten ab Mannheim, sich als ungünstig erwies. In diesem Jahre hatten sich schon eine Anzahl Spediture

und Kohlenhändler am Maxauer Hafen angesiedelt. Schon am 22. September 1865 hatte die Gemeindeverwaltung, unter Berufung auf die oben erwähnte Staatsministerial-Entschließung vom 5. Januar 1863, an das Finanzministerium die Bitte gerichtet, der Stadtgemeinde die Kosten für Verbesserung des Maxauer Hafens zu ersetzen, die Verwaltung desselben der Großherzogl. Zollbehörde zu übertragen und die noch fehlenden Einrichtungen (Krahnen und Niederlagsräume) herstellen zu lassen.

Diese Bitte wies das Finanzministerium im Juni 1866 ab, sagte jedoch auf eine weitere Vorstellung eine nochmalige Prüfung der Sache zu. Im September 1868 gab es dann die Erklärung ab, daß unter den „aufgewendeten Kosten“, deren Ersatz im Jahre 1863 in Aussicht gestellt worden war, nur die Auslagen für Erwerbung des nötigen Geländes und für Ausführung der zur Verbesserung dienenden Arbeiten, nicht aber auch die Kosten für Beschaffung des Bankapitals verstanden gewesen seien und daß es daher dem Gesuche, für dessen Gewährung übrigens auch die budgetmäßigen Mittel fehlten, keine Folge zu geben vermöge.

Unter solchen Umständen übernahm die Stadt den nicht zum Ersatz kommenden Betrag auf den Etat für den Bau der Rheinbahn. Indeß wurde im Oktober 1868 der Stadt vom Staate als Entschädigung für den Bauaufwand am Maxauer Hafen die Summe von 7043 fl. ersetzt, abzüglich einer bereits früher angewiesenen Abschlagszahlung und des Betrages von 1846 fl., welchen die Stadt für die ihr noch obliegenden Herstellungen am Hafen zu leisten hatte, ferner der Betrag von 1569 fl. für die Kosten der im Laufe des Winters 1867/68 erfolgten Erhöhung der niederen Berme am östlichen Ufer des Krahnenplatzes.

Am 1. Oktober 1868 ging die Verwaltung des Hafens an die Zollbehörde über, welche auch die Einnahmen aus den Lagerplätzen und die darauf ruhenden Ausgaben übernahm und Eigentümerin des zur Erweiterung des Hafens seitens der Stadt erworbenen Geländes wurde.

Eine Zusammenstellung im Jahresberichte des Handelsministeriums für 1873 ergibt; daß im Hafen Maxau im Jahre 1872 die Zahl der angekommenen Fahrzeuge zu Berg 43 Schlepper und 66 beladene Schiffe mit ausgeladenen Gütern im Gewichte von 441 390 Zentnern,

zu Thal 6 beladene Schiffe mit ausgeladenen Gütern im Gewichte von 7 900 Zentnern betrug, 1873 waren es 34 bezw. 59 Schiffe mit einer Ladung von 402 980 Zentnern. Die gleiche Zahl von Schiffen ging zu Thal ab mit einer Ladung von 24 200 Zentnern.

Die Dampfschiffahrt am Oberrhein, der sich in den 1830er und zu Anfang der 1840er Jahre eine aussichtreiche Zukunft zu eröffnen schien\*), hatte sich doch nicht zu einer dauernden Verkehrseinrichtung entwickeln können, mit welcher Handel und Industrie als mit einem sicheren Faktor zu rechnen vermocht hätten. Die Wasserverhältnisse am Oberrhein waren nicht darnach angethan, einen ganz regelmäßigen Dienst von Dampfbooten zu gewährleisten, und so wählte denn naturgemäß Handel und Industrie als Transportmittel, trotz höherer Frachten, die zuverlässigen Eisenbahnen.

Gelegentlich hört man von Versuchen, die Wasserstraße des Rheinstroms örtlichen Bedürfnissen dienstbar zu machen. So wollte u. a. im Jahre 1862 der Dampfbootbesitzer Josef Wagner in Mannheim eine Lokal-Dampfschiffahrts-Gelegenheit zur Beförderung von Personen und Gütern auf der Rheinstrecke zwischen Speyer und Maximiliansau einrichten und sein Dampfboot „Adolf Staelin“ mit einer Ladungsfähigkeit von 765 Zentnern dort verkehren lassen. Er erbat beim Gemeinderat in Karlsruhe die Befürwortung seines Gesuches; ebenso der Dampfschiffkapitän C. Krämer in Mannheim. Es scheint aber, daß die Gesuche, obwohl ihnen der Gemeinderat wohlwollend entgegenkam, keinen Erfolg hatten.

Ein größer angelegtes Unternehmen plante ebenfalls im Jahre 1862 die Rhederei Ernst Nötling in Mannheim. Im Mai d. J. schlug Nötling vor, eine Dampfschiffahrtsgesellschaft zum Verkehre zwischen Maximiliansau und Rotterdam in's Leben zu rufen. Das erforderliche Kapital von 280 000 bis 300 000 fl. sollte durch Zeichnung auf Aktien von 500 fl. aufgebracht werden. Er selbst wollte dieser Gesellschaft mit seinem auf 120 000 fl. taxierten gesamten Geschäfte beitreten, dafür eine entsprechende Zahl von Aktien und die Leitung der Geschäfte übernehmen. Sitz der Direktion sollte Karlsruhe-Maximiliansau sein. Die Fahrten sollten am 1. Januar 1863 beginnen.

\*) S. Band 2 Seite 100 ff.

Eventuell sollte ein Schleppdienst eingerichtet werden. Zunächst sollten 4 Boote wöchentlich 3 mal nach Rotterdam, außerdem sollte ein fünftes Boot alle 5 Tage nach Köln fahren und zugleich als Reserveschiff für die Fahrten nach Holland dienen. Jedes nach Holland hin verkehrende Boot sollte durchschnittlich 3000, jedes bis Köln fahrende von 1200 Franken an Frachtgebühr einbringen. Die Rente wurde auf 8,08 vom Hundert geschätzt. Ehe jedoch der weitaussehende Plan seiner Verwirklichung entgegengeführt werden konnte, geriet Nötling in Zahlungsschwierigkeiten und mußte von dem Unternehmen zurücktreten.

Ein Jahr später ermächtigte der Gemeinderat von Karlsruhe Herrn Ernst Nötling, mit Besitzern von Ruhrkohlengruben in Verbindung zu treten, um solche zur Eröffnung eines regelmäßigen Ruhrkohlen-Transportes nach Maxau zu veranlassen und betreffs einer nach Maxau einzurichtenden Beurtenschiffahrt Unterhandlungen mit einer Schleppschiffahrts-Rhederei einzuleiten. Aber auch dieses Projekt kam nicht zur Ausführung.

Unterdessen wurde jedoch in Karlsruhe mit Unterstützung des Oberbürgermeisters Malisch lebhaft die Bildung eines Karlsruher Rheinischiffahrtsvereines betrieben. Im Auftrage des Gemeinderates arbeitete Dampfschiffahrts-Direktor Toegel in Müllheim an der Ruhr ein Projekt über eine Dampfschiffahrtsverbindung aus.

Der zu gründende Verein sollte bezwecken: der oberrheinischen Industrie und dem oberrheinischen Verbräuche überhaupt die Steinkohlen von der Ruhr über Maxau-Karlsruhe auf die wohlfeilste und beste Art zu vermitteln und den Transport der Seehäfen, namentlich der holländischen, nach dem Oberrhein über den neuen Stapelplatz Maxau hart an der Grenze der regelmäßigen Rheinfahrt zu leiten. Das Schiffsmaterial sollte aus 4 Dampfschleppbooten und 32 eisernen Schleppfähnen bestehen; das Anlagekapital 750 000 fl. betragen; die Rente wurde auf 13 vom Hundert berechnet.

Oberbürgermeister Malisch bezweifelte bei solch hohem Kapital das Zustandekommen des Vereines. Auch in weiteren Karlsruher Kreisen fand das Vorhaben keine günstige Aufnahme. Es scheiterte denn auch schließlich an der Höhe des Anlagekapitales und an der nicht unberechtigten Meinung, daß der Rhein — bei dem Wettbewerb der Eisenbahnen — nicht das genügende Transportmaterial besitze und daß es daher zweckmäßiger sein dürfte, daß ein schon bestehendes

Schiffahrtsunternehmen sich den Maxauer Hafen dienstbar mache.

Eine solche Gelegenheit schien sich durch das Anerbieten des Herrn F. J. van der Maaden in Amsterdam, welcher schon eine Reihe von Jahren eine regelmäßige Beurfahrt von Antwerpen und Amsterdam nach Mannheim betrieb, mit 6 Güterdampfschiffen, von denen 5 schon vorhanden waren, das sechste beschafft werden sollte, den Dienst einer regelmäßigen Güterdampfschiffahrt zwischen Amsterdam, Rotterdam, Dordrecht, Antwerpen, Köln, Koblenz, Mainz, Mannheim, Karlsruhe-Maxau zu vermitteln. Das erforderliche Betriebskapital von 200 000 fl. sollte durch Ausgabe von 200 Aktien zu 1000 fl. verzinslich mit 4 vom Hundert beigebracht werden. Die Beteiligung des Karlsruher Handelsstandes sollte auf halbe Rechnung gehen, d. h. dieser sollte die Begebung von 100 Aktien unter sich fest übernehmen, die Unterbringung der anderen Hälfte der Aktien sollte Herr van der Maaden übernehmen.

Das Handelsministerium erwies sich insofern dem Vorhaben günstig, als es Ermäßigung der Gütertaxen der badischen Eisenbahnen ab und bis Karlsruhe über Maxau zusagte und in dieser Richtung den Hafen von Maxau bezüglich der Gütertarifizierung jenem in Mannheim gleich zu behandeln versprach.

Der Gemeinderat ersuchte die Handelskammer um Unterstützung dieses Planes, aber die Handelskammer konnte sich mit demselben nicht befreunden. Die Anerbietung alten Materiales konnte in keiner Hinsicht Vorteil versprechen, wie der eigene Kohlenhandel, welchen der geplante Rheinschiffahrts-Verein mit dem Transportgeschäft in Verbindung bringen wollte, wegen des nicht leicht zu überwindenden Wettbewerbes als nicht durchführbar angesehen wurde.

Im Jahre 1865 wurde ein neues Unternehmen im großen Stile geplant, welches dem Hafen von Maxau einen bedeutenden Schiffsverkehr zuführen sollte. In Dordrecht bildete sich ein einstweiliger Ausschuß zur Gründung einer internationalen Dampfschiffahrtsgesellschaft mit der Absicht, einen direkten Schiffsverkehr zwischen Dordrecht und Maxau mit Anschluß an London und Hull ins Leben zu rufen. Als Grundkapital wurde die Summe von 1 140 000 fl. für erforderlich bezeichnet, davon 1 Million Gulden in Aktien, 140 000 fl. in Obligationen. An Schiffen sollten gebaut werden 2 Huller

Boote, 2 Rheinschlepper, 10 Rheinfähne von 6000 Zentner und 6 kleinere Fähne für den Amsterdamer Dienst von 3500 Zentner Ladungsfähigkeit.

Wie in Dordrecht bildete sich auch in Karlsruhe ein einstweiliger Ausschuß. Als Vertreter der Gesellschaft für Deutschland und die Schweiz wurde der Großh. Revisor Fr. Kölig bestellt. Die angebotene Beteiligung als Aktionär lehnte der Karlsruher Gemeinderat ab, sagte dagegen die Gewährung eines jährlichen Zuschusses von 4000 fl. auf 5 Jahre zu und erklärte sich bereit, auf die Erhebung von Speisen, Hafengeldern und Zoll in Maxau, dagegen nicht auch auf die Erhebung von Krahnengeldern zu verzichten. An seine Zusage knüpfte der Gemeinderat die Bedingungen, daß die Fahrten zwischen den beiden Häfen in 4 Tagen beendet sein müssen, daß stets ein oder mehrere Fähne im Hafen von Maxau zum Befrachten bereit liegen müsse, daß als Frachttax für Güter zu Berg 21 fr. und zu Thal 12 fr. für den Zentner vereinbart werde. Das Ansuchen, die 5 mal 4000 fl. als Rentenbürgschaft für die badischen Aktionäre zu bewilligen, lehnte der Gemeinderat ab.

Am 15. August veröffentlichte und versandte Herr Kölig eine Benachrichtigung über die Gründung einer internationalen Dampfschiffahrtsgesellschaft, sowie eine Einladung zur Zeichnung der für Deutschland und die Schweiz vorbehaltenen Aktien im Betrage von 100 000 fl. nebst dem Entwurf von Satzungen dieser Gesellschaft.

Am 4. Oktober 1865 beschäftigte sich der große Bürgerschaftsrath mit der Gründung dieser Gesellschaft und deren Unterstützung aus städtischen Mitteln. Nach einem einleitenden Vortrage des Oberbürgermeisters Malsch und einer Befürwortung des auf Bewilligung der Unterstützung des Unternehmens durch die Stadt Karlsruhe gerichteten Antrages des Gemeinderates seitens der Kaufleute Leichtlin und Winter und der Bankiers Müller und Kölle fand der Antrag bei namentlicher Abstimmung einstimmige Annahme.

Als bald begann die Errichtung von Agenturen der Gesellschaft an den wichtigsten Punkten der Fahrstrecke von Maxau bis Amsterdam einer- und Hull anderseits und die Zeichnung von Aktien. In Karlsruhe wurden von dem Großherzog und dem Markgrafen Max je 5000, von 3 Bürgern 4000, 3000 und 2000, von 10 Bürgern je 1000 fl., von anderen kleinere Beträge für Aktien gezeichnet.



Aber daß auf solche Weise in Karlsruhe und anderen badischen Städten gewonnene Kapital war nicht ausreichend, und die Leitung der Gesellschaft geriet auch bald in Meinungsverschiedenheiten mit den badischen Aktionären. Daran scheiterte der Plan und die Gesellschaft löste sich wieder auf, ehe sie noch recht gebildet war. Die bei der Gründung entstandenen Unkosten wurden im Wege des Vergleichs bestritten, indem jeder Aktionär 1 vom Hundert der von ihm gezeichneten Summe zahlte.

### **Karlsruher Berufsstatistik aus dem Jahre 1874.**

Der Adresskalender von 1875 zählt nach dem Stande vom 1. Dezember 1874 (abgesehen von Hof-, Staats- und Gemeindebeamten, Künstlern, Geistlichen und Lehrern, sowie dem Sanitätspersonal) folgende Berufsarten nebst der Zahl ihrer Zugehörigen auf: 17 Advokaten, 24 Agentur-, Kommissions- und Expeditionsgeschäfte, 16 Agenturen von Lebensversicherungen, 18 von Feuerversicherungen, 2 von Hagelversicherungen, 3 von Unfallversicherungen, 2 von Viehversicherungen, 4 von Glas- und Spiegelversicherungen, 7 von Transportversicherungen, 4 Auswanderungs-Agenturen, 1 Annoncenagentur, 27 Anstreicher und Zimmermaler, 1 Antiquariat, 3 Antiquitätenhandlungen, 3 Arbeitsnachweisbureaux, 6 Auktionäre, 51 Bäcker, 7 Band- und Modewarenhandlungen, 13 Bank- und Wechselgeschäfte, 18 Barbier, vom Baugewerbe: 30 Architekten, 20 Maurermeister, 8 Steinhauermeister, 13 Zimmermeister, 6 Bauunternehmer, ferner 3 Bereiter und Pferdeverleiher, 5 Betten-, Bettfedern- und Kofshaar-Handlungen, 20 Bierbrauer, 13 Bildhauer, 31 Blech-ner, 1 Bleichanstalt, 9 Blumenfabrikationsgeschäfte, 5 Bodenwischer, 2 Brunnenmacher, 25 Buchbinder, 11 Buchdruckereien, 19 Buch-, Kunst- und Musikalienhandlungen, 2 Büchsenmacher, 32 Büglerinnen, 6 Bürsten- und Pinselfabrikanten und -Handlungen, 1 Cementfabrik, 5 Chemiker, Chemische Produktenfabriken und -Laboratorien, 12 Cigarren- und Tabakfabriken und -Handlungen, 79 Kolonial-, Spezerei-, Delikatessen- und Süßfrüchtenhandlungen, darunter 3 Großhandlungen, 8 Kommissionäre, 15 Konditoren, 5 Konfektionsgeschäfte für Damen, 10 für Herren, 6 Korsettenhandlungen und -Verfertiger, 4 Couvertenmacher, 1 Dachpappfabrik, 4 Dekateure und Tuchscherer, 3 Dekorationsmaler, 10 Drechsler, 7 Droguen- und Farbwaren-